

Eupen, den 09.12.2019

Rede

Plenum, 9.12.2019 Haushalt 2019-2020 OB20 - Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

beginnen möchte ich heute mit einem Zitat des römischen Politikers Cicero:

„Die Menschen verstehen nicht, welche große Einnahmequelle in der Sparsamkeit liegt.“

Meine Damen und Herren,
ich werde im Laufe meiner Rede mehrfach auf dieses Zitat zurückkommen –
um Ihnen zu verdeutlichen, wo Gelder verschwendet wurden und werden und wie man diese
Gelder sinnvoller einsetzen könnte.

Aber schauen wir uns zuerst einmal die Rhetorik des zuständigen Finanzministers bei der
Vorstellung des Haushaltes etwas genauer an.

Zuerst einmal geht man, wie so oft, auf die äußeren Faktoren ein, um den Menschen Angst zu
machen und von den internen Problemen abzulenken.

Zitat diesmal von Herrn Paasch: „Die makroökonomischen Parameter in unserem Land haben
sich aufgrund von internationalen Krisen, Handelskonflikten, rückwärtsgewandtem
Protektionismus und dem drohenden Brexit bekanntlich erheblich verschlechtert.“

Gut, das alles ist bekannt und wir haben seit 10 Jahren immer wieder auf diese Probleme
hingewiesen und Vorschläge gemacht, wie man Gelder einsparen und für Krisenjahre auf Seite
legen könnte.

Aber auf diese vernünftigen Vorschläge ist man natürlich nicht eingegangen, im Gegenteil: Man
hat immer am Limit und darüber hinaus geplant, und die Schulden stiegen auf Rekordniveau.
Aktuell liegen diese bei ca. 430 Millionen Euro, wenn man die Guthaben auf den Bankkonten
abzieht.

Im Verhältnis zu den allgemeinen Einnahmen, ohne die zweckgebundenen mit einzuberechnen,
ist dies weit über 100 Prozent.

Was enorm ist -

Seite: 1

Und es zeigt, dass – entgegen den Aussagen der Regierung – wir uns auf einem enormen Schuldenberg befinden und diesen vor uns herschieben.

Hierzu ein Satz aus dem aktuellen Bericht des Rechnungshofes:

Zitat: „Der Rechnungshof stellt jedoch fest, dass Darlehen im Zeitraum 2021 bis 2024 fällig werden (mit einem Gesamtbetrag von 185.615.800 Euro) und neu finanziert werden müssen. Die Haushaltsergebnisse für denselben Zeitraum liefern nicht den Liquiditätsüberschuss, der für deren Rückzahlung erforderlich ist. Die Rückzahlung dieser Kredite muss daher durch neue Kredite oder die Inanspruchnahme der Kreditlinie finanziert werden.“

Wir belasten also weiterhin zukünftige Generationen.

Man geht aktuell nicht davon aus, dass die Zinssätze steigen werden. Im Gegenteil, in den letzten Monaten sind diese, insbesondere die langfristigen, weiter gefallen. Trotzdem darf dies kein Freibrief sein, auch wenn einige in der Gospertstraße dies so verstehen. Irgendwann kommt die Abrechnung.

Ein weiteres Element, welches hervorgehoben werden sollte, aber immer wieder verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass die DG über enorme finanzielle Mittel verfügt.

Für die neuen Mitglieder hier im Hause, welche meine vergangenen Reden nicht mitbekommen haben, empfehle ich die Ausführlichen Berichte der letzten Haushaltsdebatten, wo wir ausführlich und tiefgründig auf die enormen Geldflüsse zur DG eingehen.

Dass aufgrund eines Konjunkturknicks die Einnahmen in den nächsten Jahren sinken werden, war auch vorhersehbar. Auch davor warnen wir seit Jahren.

Herr Paasch sprach davon, dass wir, auf die laufende Legislaturperiode hochgerechnet, seit der letzten Haushaltsanpassung, Einnahmen in Höhe von 29,7 Millionen Euro verloren haben.

Meine Damen und Herren, Vorsicht.
Es ist nicht so, dass uns dies abgezogen wird.
Sondern dies kommt wahrscheinlich weniger als erwartet.
Und dies ist schon ein Unterschied!

Hier von „verloren“, also einem Verlust, zu reden, ist unredlich und falsch.
Aber typisch für Herrn Paasch.

Also, es wird weniger stark fließen, das Geld aus dem Inland.
Und trotzdem zeigt sich auch hier im Hause keine Einsicht.

Als Beispiel:
Die Regierung hatte sich in der letzten Legislatur bereits 25 Prozent mehr gegönnt, und im kommenden Jahr wieder etwas mehr, knapp 4 Prozent, und sie wird uns dann mehr als 4 Millionen Euro pro Jahr kosten.

Das Parlament wird im kommenden Jahr, inklusive der Kosten für die Immobilie, Sage und Schreibe 7,5 Millionen Euro kosten.
Unser Vorschlag, so wie es in vielen Landtagen Deutschlands der Fall ist, die Zuschüsse für die Mehrheitsfraktionen zu senken, damit die Gesamtsumme sinkt, wurde natürlich abgelehnt.
Wir sind ebenfalls der Meinung, dass man auch die Mittel für die Oppositionsfraktionen kürzen sollte.
Die Mehrheitsfraktionen kommen ihrer eigentlichen Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, ohnehin nicht nach – im Gegenteil, wie heute wieder zu hören ist.

Ebenso der Vorschlag der Oppositionsparteien, den Posten des Senators und des Parlamentspräsidenten zu fusionieren. Absage.

Erfreulich ist zu hören, dass endlich auf föderaler Ebene eine Diskussion zur Umwandlung des Senats in einer Bürgerrat stattfindet.
Hoffentlich wird dies konsequent umgesetzt und nicht wie hier, wo nicht der Bürger, sondern das Parlament das letzte Wort hat.

Meine Damen und Herren,

da wir im Ausschuss 1 seit dieser Legislatur auch die Gemeinschaftszentren besprechen und Herr Paasch dafür verantwortlich ist, möchte ich heute anhand des Heidbergklosters aufzeigen, wie unsachgemäß Steuergelder hier ausgegeben wurden und wie solche Großprojekte dem Steuerzahler weiter auf der Tasche liegen:

Im September 2012 erklärte die damalige zuständige Ministerin Weykmans in einem Interview mit „Ostbelgien Direkt“:

Zitat: „Für die Stadt Eupen und die DG insgesamt stellt diese Investition eine Aufwertung dar. Sie wird langfristig einen positiven Einfluss auf die touristische und somit insgesamt wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und folglich auf die gesamte DG haben.“

Schauen wir uns dazu einmal einige aktuelle Zahlen an.

Im Haushalt ist ersichtlich, dass das Kloster Heidberg seit 2015 enorme Verluste macht:

2015: -577.119,46 EUR

2016: -313.223,62 EUR

2017: -177.710,88 EUR

2018 -233.507,09 EUR

Allein auf die letzten 4 Jahre mehr als 1,3 Millionen Euro Verlust.

Die Baukosten beliefen sich auf 10,6 Millionen Euro.

Das Kloster Heidberg entwickelt sich somit, entgegen den damaligen Aussagen der Regierung, zu einem Millionengrab für die DG.

Anzumerken ist hier, dass im Jahre 2017 fast 10 Prozent des Umsatzes seitens der Regierung getätigt wurden und die Hotelauslastung in den letzten 4 Jahren bei durchschnittlich 8% lag. Ein Trauerspiel von Missmanagement und politischem Größenwahn.

Meine Damen und Herren,

alte Bausubstanz zu erhalten, ist eine Sache und macht in einigen Fällen auch Sinn, aber dafür braucht man das nötige Geld. Und wenn dieses nicht da ist, dann sollte man zuerst seine Hausaufgaben machen und sich um die wesentlichen Dinge kümmern.

Wieder einmal hatte die Opposition Recht behalten, und anstatt ständig diese unsachliche und polemische Kritik an unseren Vorschlägen zu üben, sollten sie versuchen, Größe zu zeigen und darauf einzugehen.

Und das Kloster Heidberg ist nur eins von vielen Beispielen.

Ein weiteres Beispiel für den unsachgemäßen Umgang mit Steuergeldern sind die hohen Bürokratiekosten in der DG.

Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, aber nur Gelächter seitens der Mehrheitskollegen geerntet.

Da aber ein Großteil der Bevölkerung dies ähnlich wie wir sieht und auch unser Wahlsieg in der Gospertstraße angekommen ist, versucht man seitens der Regierung, entgegenzusteuern und spricht von Optimierungsprozessen, welche durchgeführt werden sollen, und externen Audits.

Günstiger und effektiver als ein externes Audit wäre sicherlich, einfach auf die Vorschläge der Opposition einzugehen.

Schauen wir uns hierzu den Personalbestand des Ministeriums an.

Dass sich die Anzahl der Mitarbeiter seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt hat, wurde hier schon mehrfach erwähnt.

Im kommenden Jahr werden die Personalkosten inklusive der Nebenkosten im Ministerium auf ungläubliche 22 Millionen Euro ansteigen.

Ja, dies hat teilweise mit den Zuständigkeitsübertragungen zu tun, aber nicht nur, und interessant wird es, wenn man sich tiefer mit den Zahlen auseinandersetzt.

Hierzu empfehle ich die Lektüre der Haushaltsfibel.

Es geht um den Trend, immer mehr Personen in die Stufe I, also mit Masterdiplom, einzustellen. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Personen in der höchsten Stufe 22 Prozent, im Jahre 2010 schon 25 Prozent und aktuell beläuft sich dieser auf fast 33 Prozent.

Personen werden für gewisse Projekte mit einem Masterdiplom angeworben und entsprechend vergütet. Da diese Projekte jedoch oft zeitlichen begrenzt sind, üben diese Personen im Anschluss Arbeiten aus, welche ebenfalls durch Referenten in der Stufe II oder II plus ausgeführt werden.

Dies führt bei einigen zu einem gewissen Unmut.

Und hier kommen wir zum Kern der Kritik: Das starre Beamtensystem, welches kaum Möglichkeiten bietet, motivierte Mitarbeiter zu fördern und Mitarbeiter, welche weniger motiviert, sind entsprechend zu tadeln.

Aktuell ist die Anzahl der Beamten und Vertragsangestellten im Ministerium identisch.

Im Unterrichtswesen ist mein Kollege Alain Mertes des Öfteren darauf eingegangen und Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass es Auswege gibt.

Aber wir können und dürfen diese Problematik auch im Ministerium nicht ignorieren und einfach hinnehmen, sondern müssen in einen offenen Dialog gehen.

Heute verfügen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, ob Beamte oder Vertragsangestellte, über zahlreiche Vorzüge, welche in der Privatwirtschaft undenkbar sind und immer wieder zu Kopfschütteln führen.

So zum Beispiel die zusätzlichen gewährten regionale Feiertage.

Ich habe diesbezüglich den Finanzminister nach den entsprechenden Kosten gefragt, erhielt aber keine genaue Antwort, sondern Hinweise auf Tabellen.

Also habe ich nachgehakt, die Antwort steht noch aus.

Wenn die DG in den kommenden Jahren mit Mindereinnahmen zu rechnen hat, wir aber zum Beispiel in der Pflege mehr Gelder benötigen, dann sollten wir da, wo Einsparungen möglich sind, diese, auch wenn dies unkonventionell ist, durchsetzen.

Und hier wäre eine offene Diskussion zum Beamtenstatus und generell zum Aufbau des Ministeriums dringend angebracht.

Und ich denke auch, viele Mitarbeiter im Ministerium sehen dies ähnlich.

Meine Damen und Herren,

ich habe dies hier bereits öfter angesprochen, aber für die neuen Kolleginnen und Kollegen zur Erinnerung:

In Belgien sind mehr als ein Viertel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Das heißt, mehr als 1 Millionen Personen.

Und in den letzten Jahren ist hierzulande die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor um ca. 4 Prozent pro Jahr angestiegen und liegt in der DG aktuell bei 26 Prozent.

Und ein externes Audit, wie sie es angekündigt haben, bringt nur dann etwas, wenn man alle, auch die unbequemen Bereiche, angeht.

Also zeigen Sie Mut und packen Sie es an.

Meine Damen und Herren,

ich möchte anmerken, dass andere Gliedstaaten sich dieser Problematik bereits annehmen.

Flandern geht hier zumindest einen Schritt in die richtige Richtung.

Der OpenVLD-Abgeordnete Van Quickenborne hatte sich mit dieser Thematik auf föderaler Ebene beschäftigt, das GrenzEcho berichtet hierzu am 2. Dezember:

Zitat Herrn Quickenborne: „Es wäre viel besser, sich für das System zu entscheiden, für das sich die flämische Regierung jetzt ausspricht: Die Einstellung von so vielen Vertragsbediensteten wie möglich. Was die Statuten betrifft, so müssen die Regeln flexibler gestaltet werden, damit Menschen, die gut arbeiten, besser bezahlt werden und Menschen, die nicht gut arbeiten, verabschiedet werden können.“

Wie aus einer aktuellen Antwort auf eine meiner schriftlichen Fragen ersichtlich, gibt es zu diesem Thema noch einiges an Gesprächsbedarf.

Wir werden diesbezüglich im kommenden Jahr einen Vorschlag ausarbeiten und hoffen auf eine sachliche Diskussion.

Meine Damen und Herren,

Einsparmöglichkeiten gibt es also in der DG genügend.

Und Ideen, wie man dann, dieses eingesparte Geld, wohlgeemerkt eingesparte Geld einsetzen könnte, haben wir auch.

Zum Beispiel in der Pflege.

Mein Kollege Alain Mertens wird morgen darauf eingehen.

Ein weiteres Beispiel wäre, wenn wir ein regionales Gutscheinsystem einführen würden.

Die Gemeinde Büllingen hat als Beispiel ihre Prämienpolitik, wie ich finde sehr schön, mit einem Impuls für die lokalen Geschäfte in der Gemeinde kombiniert.

Prämien unter 1000,- Euro werden dort als Gutscheine ausgezahlt, welche an allen Geschäften, welche sich in der Gemeinde befinden, unkompliziert eingelöst werden können.

Anstatt bei Amazon und Co. einzukaufen, kaufen die Leute somit lokal und unterstützen die kleinen Betriebe.

Solch ein System könnte man auf das ganze Gebiet der DG ausweiten.

Ob als Zusatzprämien zum Kindergeld, wohlgeemerkt zusätzlich, oder für Zuschüsse für Vereine oder Pflegegelder für Angehörige.

Wir werden Anfang des Jahres hierzu einen Resolutionsvorschlag einreichen und hoffen auf eine breite Zustimmung.

Nochmals, es geht hier um zusätzliche Gelder, nicht darum, ein Teil des Kindergeldes in Gutscheinen auszusahlen, sondern um neue Mittel, welche durch Einsparungen frei gemacht werden können.

Regionale Wertschöpfung durch regionale Gutscheine steigern.
Kaufkraft vor Ort erhalten und stärken. Gerade in einem Gebiet wie der DG, wo zum Beispiel Eupen mit Leerständen in der Innenstadt zu kämpfen hat, eine wünschenswerte Initiative.

Aber warten Sie unsere diesbezügliche Resolution ab –

Meine Damen und Herren,

wenn ein Thema die Haushaltsdebatten der letzten Jahre immer wieder begleitet hat und seitens der Regierung extra betont wurde, dann sind es die neuen EU-Buchhaltungsnormen.

In der Vorstellung zum Haushalt ging Herr Paasch auch darauf ein:

Zitat: „Das hat übrigens nicht nur mit den sinkenden Einnahmen zu tun, sondern ist nicht zuletzt auf die Anwendung der strengen europäischen SEC-Buchhaltungsnormen zurückzuführen. (...) Eine staatliche Einrichtung wie die Deutschsprachige Gemeinschaft darf wegen dieser europäischen Buchhaltungsnormen nur laufende Haushaltsüberschüsse in die Infrastruktur oder in die Ausstattung investieren.“

Weiter sagte er: „Angesichts der Diskussionen auf europäischer Ebene gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass einige europäische Mitgliedstaaten irgendwann erkennen, dass diese Normen nach heutiger Auslegung absolut kontraproduktiv sind und sowohl der Gesellschaft als auch der wirtschaftlichen Entwicklung schaden.“

Meine Damen und Herren,

Sie wissen doch: Bedeutsam ist nicht das, was Regierungsmitglieder sagen; bedeutsam ist das, was sie verschweigen.

Und obwohl seine Kritik an diesen Normen berechtigt ist, verschweigt er, dass die DG dem Vertrag, der diese Normen regelt, zugestimmt hat.

Entgegen der damals sachlichen und begründeten Kritik von Ecolo und Vivant.

Schauen wir dazu etwas zurück.

Zum Herbst des Jahres 2013.

Zur letzten Plenarsitzung im altehrwürdigen Gebäude am Eupener Kaperberg.

Ich empfehle Ihnen allen, sich den ausführlichen Bericht Nr. 56 aus dem Jahr 2013 zur Diskussion und Abstimmung zum EU Fiskalpakt genau durchzulesen.

Es ging um einen Vertrag, der Menschen in ganz Europa auf die Straße brachte, ein Vertrag der von rechten und linken Politikern gleichermaßen abgelehnt wurde und der zu zahlreichen Verfassungsklagen geführt hat und so sagten wir damals:
Der einen enormen Einfluss auf die Befugnisse der Parlamente – auch unseres Parlaments – haben wird.

Und wir haben Recht behalten.

All das, was Sie heute kritisieren, dem haben Sie selbst zugestimmt.

Die damalige Regierung der DG, bestehend aus SP, PFF und ProDG sowie die damaligen Mehrheitsparteien und auch die CSP.

Einige Monate später, im Februar 2014, wurde dann einem Zusammenarbeitsabkommen zugestimmt, um den Fiskalpakt innerhalb Belgiens zu regeln.

Auch hier empfehlenswert: Der Ausführliche Bericht Nr. 63 vom 24-02-2014

Meine Damen und Herren,

ich frage Sie, kann man Leuten Glauben schenken,
die heute, so wie Herr Paasch, das kritisieren,
wo sie selber mit JA gestimmt haben.

Und da die Mehrheitsparteien aufgrund auch der öffentlichen Proteste hier in der DG
Unmut bekamen, gab es eine Schein-Resolution beim damaligen Fiskalpakt, um die Gegner in
den eigenen Reihen zu beschwichtigen:

Hierzu ein Zitat des damaligen Parlamentspräsidenten der PFF, Alexander Miesen, nachzulesen
im Ausführlichen Bericht Nr. 56 vom 14. Oktober 2013

Zitat: „Darüber hinaus soll mit der Resolution deutlich gemacht werden, dass dieser Fiskalpakt
einige „Schönheitsfehler“ aufweist, die ihn zwar als notwendig, aber vielleicht nicht als
ausreichend qualifizieren.“

Er sprach von „Schönheitsfehlern“. Bei der Vorstellung zum Haushalt hörte sich dies seitens des
Finanzministers aber ganz anders an.

Meine Damen und Herren,

der Fiskalpakt beinhaltet nicht nur Schönheitsfehler, nein, er war und er ist ein massiver Eingriff
in die Demokratie.

Aber das ist wieder das Spiel der klassischen Politik. Man wollte Bundestreue zeigen und nahm
dafür in Kauf, dass man demokratische Rechte außer Kraft setzt, Parlamente beschneidet und
zukünftige Investitionen nicht nur erschwert, sondern nur mittels komplexer Finanz-Konstrukte
ermöglicht, wo sicherlich nicht die öffentliche Hand der Gewinner ist.

Herr Paasch wird kontern, ja was hätten wir denn tun sollen.

Das wozu Sie gewählt wurden, nämlich sich für die Belange der Menschen einzusetzen.

Meine Damen und Herren,

wenn der zuständige Finanzminister von Krisen spricht und von Einnahmeausfällen –
dann sollte das Gebot der Stunde Maßhalten sein.

Also loslegen, maßhalten und dann an den richtigen Stellen das Geld einsetzen.
Den Menschen was zurückgeben.

Wir sind dazu bereit.

Michael Balter
Vivant-Fraktion im PDG

